

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN S

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stello. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BÄCH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MDL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

6. Jahrgang, Nummer 8

Postverlagsort Bonn

Bonn, im August 1958

INHALT

ZWEI ENTSCHEIDUNGEN von Gerhard Schröder	S. 1
„GOTT MIT UNS?“ von Heinz Zahrnt	S. 2
DIE CDU IN SCHLESWIG-HOLSTEIN von Edo Osterloh	S. 4
DER CHRIST IN DER HEUTIGEN WELT von Hans Schomerus	S. 7
KOEXISTENZ UND PROEXISTENZ von Harald Oldag	S. 12

ZWEI ENTSCHEIDUNGEN

von Bundesminister des Inneren Dr. Gerhard Schröder

Zwei im vergangenen Monat gefallene Entscheidungen sind für die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik von weittragender Bedeutung: die Wahlentscheidung der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens am 6. Juli und die Urteile des Bundesverfassungsgerichts über die Volksbefragungsaktion vom 30. Juli.

Durch diese Ereignisse ist die Antiatomtod-Kampagne der SPD politisch und juristisch endgültig zum Scheitern verurteilt.

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts haben in vollem Umfang die Rechtsauffassung bestätigt, die die Bundesregierung in der Frage der Zulässigkeit von Volksbefragungen über die Bewaffnung der Bundeswehr von Anfang an vertreten hatte. Es ist nunmehr durch das Bundesverfassungsgericht bekräftigt, daß über die Wehrpolitik allein die zuständigen Organe des Bundes zu befinden haben. Die von der Opposition eingeleiteten Volksbefragungen hatten in den vergangenen Wochen

und Monaten zu einer ernsthaften Gefährdung unserer Verfassung geführt. Die am 30. Juli verkündeten Urteile werden zur inneren Kräftigung der Ordnung unseres Staates beitragen.

Das Bundesverfassungsgericht war von der Bundesregierung nicht etwa angerufen worden, um die politische Kontroverse über die deutsche Wehrpolitik gerichtlich entscheiden zu lassen. Es handelte sich vielmehr um einen Streit über Verfassungsfragen, zu deren verbindlicher Klärung das Bundesverfassungsgericht seinerzeit geschaffen worden ist.

Die politische Entscheidung über die Antiatomtod-Kampagne ist am 6. Juli in Nordrhein-Westfalen gefallen. Die Mehrheit der Bevölkerung des größten deutschen Bundeslandes hat sich eindeutig gegen die SPD entschieden, die mit großem Propagandaaufwand die Landtagswahlen zu einer Volksbefragung über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen gemacht hatte. Die Mehrheit der Wähler hat der CDU erneut ihr Vertrauen

ausgesprochen und damit gleichzeitig das Mandat bekräftigt, daß sie uns am 15. September 1957 gegeben hat. Der überwiegende Teil des deutschen Volkes bejaht den Weg der Bundesregierung zur inneren und äußeren Festigung unseres Staates und lehnt jede organisierte Panikmache ab. Die Entscheidung vom 6. Juli 1958 bekräftigt, daß die deutsche Öffentlichkeit den einseitigen Verzicht auf eine gleichwertige Bewaffnung ablehnt, weil er die Gefahr des Atomkrieges nicht verringern, sondern vergrößern würde.

In den weltpolitischen Spannungen und Gefahren von heute wird allenthalben und immer stärker der Wunsch nach größerer innerer Geschlossenheit des deutschen Volkes in seinen Schicksalsfragen laut. Deshalb wird die innenpolitische Klärung und Beruhigung, die nach dem Scheitern der Antiatomtod-Kampagne eingetreten ist, allgemein begrüßt. Für Bundestag und Bundesregierung ist damit die Möglichkeit gegeben, sich in sachlicher Arbeit für die Lösung unserer nationalen Schicksalsfragen einzusetzen. Es wäre gut, wenn auch die Opposition dem Rechnung tragen würde. Die Initiatoren der Antiatomtod-Kampagne sollten daher von dem Versuch Abstand nehmen, durch weitere außerparlamentarische Aktionen die Entscheidungsfreiheit der verfassungsmäßig

berufenen Organe der Staatsgewalt zu beeinträchtigen und neue Unruhe in unser Volk zu tragen. Derartige Versuche würden ihnen — das hat der 6. Juli gezeigt — keine taktischen Erfolge bringen, wohl aber den unablässigen Bestrebungen der Kommunisten entgegenkommen, die sich draußen und drinnen verzweifelt darum bemühen, der Antiatomtod-Bewegung neues Leben einzuflößen. Die Erfahrungen der letzten Monate haben uns gelehrt, daß außerparlamentarische Aktionen sich nicht gegen eine kommunistische Unterwanderung schützen können. Die Gefahr solcher Aktionen liegt darin, daß sie weithin Verwirrung stiften und gutwillige Staatsbürger ungewollt zu Helfern des kommunistischen Staatsfeindes werden lassen.

Die Erfahrungen aus der Antiatomtod-Kampagne sollten daher allen politischen Kräften in der Bundesrepublik erneut ins Bewußtsein rufen, daß der legitime Kampf der Parteien um die Macht im demokratischen Staat dort eine Grenze haben muß, wo es um den Bestand der Verfassungsgrundsätze unserer repräsentativen Demokratie geht.

Beide Entscheidungen werden dem bevorstehenden Parteitag der CDU in Kiel eine feste Plattform geben.

„GOTT MIT UNS?“

Eine Auslegung von 2. Samuelis 6, 1—12

von Dr. theol. Heinz Zahrnt

„Und David versammelte wiederum alle Auserwählten in Israel, dreißigtausend Mann. Dann machte sich David auf und zog mit allem Volk, das bei ihm war, nach Baala in Juda, um von dort die Lade Gottes heraufzuholen, die nach dem Herrn der Heerscharen benannt ist, der auf den Cherubim thront. Und sie setzten die Lade Gottes auf einen neuen Wagen und führten sie so hinweg aus dem Hause Abinadabs, das auf dem Hügel stand. Ussa und Ahjo, die Söhne Abinadabs, leiteten den Wagen: Ussa schritt neben der Lade Gottes her, während Ahjo vor der Lade herging. David aber und das ganze Haus Israel tanzten mit aller Macht vor dem Herrn her, unter Gesängen und mit Lauten, Harfen und Handpauken, mit Schellen und mit ZimpeIn.

Als sie zur Tenne Nachons kamen, griff Ussa mit der Hand nach der Lade Gottes und hielt sie fest, weil die Rinder sie umwerfen wollten. Da entbrannte der Zorn des Herrn wider Ussa, und Gott schlug ihn dort, weil er mit der Hand nach der Lade gegriffen hatte, so daß er dort neben der Lade Gottes starb. Da fürchtete sich David vor dem Herrn an jenem Tage und sprach: 'Wie soll da die Lade des Herrn zu mir kommen?' Und David wollte die Lade des Herrn nicht zu sich in die Stadt Davids bringen lassen, sondern hieß sie beiseite führen in das Haus Obed-Edoms aus Gath. So verblieb die Lade des Herrn drei Monate im Haus Obed-Edoms aus Gath, und der Herr segnete den Obed-Edom und sein ganzes Haus.

Als man nun dem König David meldete: 'Der Herr hat das Haus Obed-Edoms und alles, was ihm gehört, um der Lade Gottes willen gesegnet', da ging David hin und holte die Lade Gottes mit Freuden aus dem Hause Obed-Edoms in die Stadt Davids herauf.'

*

David befindet sich auf dem Höhepunkt seiner Macht. Ein erstaunlicher Aufstieg liegt hinter ihm. Als Kondottiere hat er einst angefangen. Das war eine dunkle Zeit für Israel: die militärisch-politische Lage hoffnungslos, das Land geteilt und vom Feinde besetzt, Saul tot, das Königtum scheinbar nur eine vorübergehende Episode.

Aber in diesem Augenblick hat David bewußt den Weg zur Macht angetreten. Jetzt steht er am Ende dieses Weges: der alte Erbfeind, die Philister, sind geschlagen, die beiden Hälften des Landes, der Norden und der Süden, in seiner Hand vereint und er also König über ganz Israel. Das Reich ist geschaffen, nach innen geeint, nach außen gesichert. Das Symbol der Einheit und Macht ist die Hauptstadt Jerusalem.

Aber das politische Zentrum allein genügt David nicht. Er sucht noch nach einer festeren Klammer, die das Reich zusammenhält, nach einem sakralen Band, nach einer religiösen Mitte. Zu diesem Zweck greift er auf eine alte Tradition zurück. Er erinnert sich an die Bundeslade. Sie bildete das erste gemeinsame israelitische Heiligtum, das einigende Kultsymbol des jungen Stämmeverbandes. Sie galt als das Unterpfand des göttlichen Beistandes, sie verbürgte die Gegenwart Gottes in seinem Volke. So war Gott einst mit seinem Volk durch die Wüste gezogen, so hatte er es auf dem Weg vom Sinai in das verheißene Land begleitet. Doch dann hatte man die Lade langsam vergessen, und die Tradition war allmählich verblaßt. Jetzt aber erinnert sich David an sie und holt sie wieder hervor. Am Anfang des neuen Geschichtsabschnittes Israels sucht er bewußt Vergangenheit und Zukunft miteinander zu verknüpfen und so die Kontinuität der Geschichte herzustellen.

*

Was hier geschieht, hat sich eh und je in der Geschichte der Völker wiederholt: es ist der romantische Rückgriff auf die Vergangenheit. Die Wüstenzeit lebte im Gedächtnis Israels immer als die Zeit der Unschuld und der Reinheit, als die Zeit der ersten Liebe. Es war nicht nur die Zeit einer großen geschichtlichen Vergangenheit, nicht nur die Zeit eines geschichtlichen Frühlings, da alles noch gleichsam jung und tafrisch war, sondern es war zugleich die Zeit der besonderen Gottesnähe, da Gott und das Volk noch beieinander waren und so das Volk auch unter sich einig.

Aber wenn David sich jetzt der Lade erinnert und sie in die neue Hauptstadt holen will, so steht zugleich noch mehr dahinter. Das ist der ehrliche und gute Wunsch, Gott dabei haben zu wollen. Gott soll der Schirmherr der nationalen Existenz, der Garant der eigenen Geschichte sein. Gott soll den Schlußstein in der Kuppel des Reichsbaus bilden. Und so holt man ihn und setzt ihn ein.

Es geht glänzend dabei zu. Ein großes Fest wird veranstaltet: Parade mit Feldgottesdienst. Die Elite der wehrhaften Mannschaft versammelt sich, das ganze Volk ist auf den Beinen. Gemeinsam zieht man nach Baala in Juda, wo die Lade im Hause Abinadabs jahrelang vergessen gestanden hat. Dort lädt man sie auf einen neuen Wagen, den man eigens dazu hergerichtet hat, um sie in feierlichem Zuge in die Hauptstadt einzuholen. Der König läßt es sich nicht nehmen, am Festzug teilzunehmen — die allerhöchsten Herrschaften geben dem Höchsten die Ehre. Es ist ein großer Tag für Israel: Gott ist wieder unter seinem Volke.

*

Aber da geschieht etwas Unvorhergesehenes. Plötzlich beginnen die Rinder, die den Wagen ziehen, zu scheuen. Hilfsbereit springt der junge Ussa hinzu, um die Lade zu halten. Aber vom Schlag getroffen, sinkt er zu Boden und stirbt bei der Lade Gottes.

Ja, Gott ist unter seinem Volke — aber jetzt zeigt es sich, wie gefährlich es sein kann, wenn Gott unter seinem Volke ist. Dann kann Unvorhergesehenes passieren. Gott läßt sich nicht einplanen in eine politische Konzeption oder in ein Parteiprogramm. Es ist gewiß gut, wenn man Gott dabei haben will, aber man muß sich darüber klar sein, daß, wenn Gott dabei ist, es anders gehen kann, als man denkt. Dann muß man sich auf etwas gefaßt machen! Gott läßt nicht über seine Gegenwart verfügen, sondern gibt und versagt sich, wie er will. Nicht der Mensch bestimmt Stunde und Ort des göttlichen Heils, sondern Gott verfügt, wann und wo er sich von uns finden lassen will. Das Abenteuer mit Gott ist gefährlich, es kann tödlich ausgehen.

Allen Menschen und Völkern scheint das Bedürfnis tief eingewurzelt zu sein, Gott als Bestätigung und Garantie des eigenen geschichtlichen Tuns und Seins auf ihrer Seite haben zu wollen. Das nationale Glück wird als Beweis für die göttliche Erwähltheit und das nationale Unglück als Zeichen des göttlichen Zorns angesehen. So wird das „Gott mit uns“ zur Gewähr des geschichtlichen Erfolgs und zum zentralen Dogma der Religion. Das ist nicht politische Berechnung im niederen Sinne, sondern das stammt aus jener Gleichsetzung von Gott und Geschichte, aus jenem ertümlischen Verlangen nach sichtbarer göttlicher Bestätigung, das das Prinzip aller natürlichen Religionen bildet und das auch durch die Geschichte der christlichen Kirche hindurchgeht, so wahr die natürliche Theologie die christliche allzeit wie ein Schatten begleitet hat.

Aber nicht nur Sieg, Erfolg und Glück, sondern auch Unglück, Mißerfolg und Niederlagen haben die Menschen und Völker als ein Zeichen dafür genommen, daß Gott mit ihnen sei. Waren wir Deutschen in den ersten Jahren nach dem Kriege von solcher Geschichtsdeutung gar so weit entfernt? Zunächst hatten wir 1933 geglaubt, daß der „Frühling der Nation“ auch eine besondere Gnadenstunde Gottes sei. Wir hatten gleichsam die Windsäcke weit aufgespannt und warteten nun darauf, daß der Heilige Geist hineinblasen sollte. Aber der Heilige Geist blies nicht. Nachdem sich so der nationale Aufbruch nicht als ein Zeichen der besonderen Nähe Gottes erwiesen hatte, meinten wir 1945 nun umgekehrt, daß die Stunde des nationalen Unheils eine Stunde des göttlichen Heils sei. Aber auch wer auf diese Weise Gottes

Standort in der Geschichte zu bestimmen sucht, stellt sich das Göttliche als ein innerweltliches Phänomen vor, das der Mensch zu konstatieren vermag, und trachtet so, Gott wiederum an das eigene Geschick zu binden und damit die Zukunft garantiert zu bekommen.

*

Gott bedeutet nicht Bestätigung und Steigerung, sondern Ende und Grenze menschlicher Macht und Absicht. Gott ist nicht eine Projektion oder Ausweitung menschlicher Ideale, nicht eine komplementäre Ergänzung der Nation, sondern Gott steht über allem, über Mensch und Nation, er muß als Feind erfahren werden, bevor er als Freund erkannt werden kann. Gott muß zunächst ein „Gott gegen uns“ sein, bevor ein „Gott mit uns“ sein kann.

Das ist es, was David jetzt erkennt. Als Ussa tot am Boden liegt, beginnt er sich vor Gott zu fürchten. Gott ist für ihn jetzt nicht mehr das Selbstverständliche, das man jederzeit zur Hand hat, sondern das ganz und gar Unverfügbare, zwischen dem und mir ein unendlicher Abgrund klafft: „Wie soll die Lade des Herrn zu mir kommen?“

David gibt seinen Plan auf und läßt die Bundeslade im Hause Obed-Edoms unterstellen. Aber da geschieht es nun, daß von der Lade heimlich ein Segen über das Haus Obed-Edoms ausgeht. Und jetzt darf David auch die Bundeslade in die neue Hauptstadt einholen. „Da ging David hin und holte die Lade Gottes mit Freuden aus dem Hause Obed-Edoms in die Stadt Davids herauf.“

*

Gott mit uns — so stand es einst auf unseren Koppelschlössern. Aber da war es eher das Bekenntnis zu einem heidnischen Kriegsgott als zu dem Vater Jesu Christi. Das war der Gott, der Eisen wachsen ließ. Aber dieser eiserne Gott ist tot.

Gott mit uns — das bedeutet nicht, daß Gott ohne allen Vorbehalt auf unserer Seite stünde; das bedeutet keinen moralischen Freifahrtschein und keine mythische Sakralisierung unserer Politik. Gott mit uns — das heißt, daß Gott in die Vorläufigkeit und Fragwürdigkeit dieser Welt hineingekommen und mit uns solidarisch geworden ist. Jesus Christus ist der „Immanuel“, der „Gott mit uns“, der Gott, der mit uns ist in der Vorläufigkeit und Fragwürdigkeit dieser Welt, der uns vergibt und in seiner Gnade gut macht, was wir auf alle Fälle schlecht machen. Darum, aber wirklich nur darum dürfen wir trotz der Fragwürdigkeit unseres Tuns, trotz der Vorläufigkeit aller unserer politischen Lösungen und trotz der krummen Wege, die wir gehen, die Gewißheit haben: Gott ist mit uns.

„Es wäre ein seltsames Missionsbewußtsein von Christus, wenn die Christen meinten: sie könnten und sollten sich nur in einer Partei zusammenfinden. Allerdings heißt das nun nicht, daß ich heute und hier den Eindruck hätte, die christliche Verantwortung in ihrer umfassenden Bedeutung würde in unserem parteipolitischen Leben überall gleichmäßig gesehen und verwirklicht. Und weil das nicht oder noch nicht so ist, darum hängt soviel davon ab, daß wir diese Verantwortung auch für das politische Leben unseres Volkes ständig neu sichtbar machen.“

Hermann Ehlers

DIE CDU IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Erfahrungen und Ziele

von Kultusminister Edo Osterloh

Der nördlichste Landesverband der CDU zeigt in seiner bisherigen Arbeit, in seiner politischen und geistigen Grundhaltung und dementsprechend in seinem Programm für die zukünftige Landespolitik in Schleswig-Holstein selbstverständlich alle wesentlichen Merkmale, die für unsere Partei in ganz Deutschland charakteristisch sind: Sammlung der bürgerlichen Kräfte, Bejahung stetiger Aufbauarbeit, Verteidigung des Persönlichen gegen das Kollektive, gesamtdeutsches Denken, christliche Grundhaltung und aufrichtige Toleranz. Wir haben aber auch einige Eigentümlichkeiten, die uns in aller Gemeinsamkeit doch von unseren Freunden etwa in der Pfalz, im Rheinland, in Baden oder wahrscheinlich auch in Hamburg und Niedersachsen klar unterscheiden.

Neben der Person unseres Kanzlers und seiner überragenden Verdienste um die politischen Erfolge der Bundesrepublik besteht die immer noch wachsende Anziehungskraft der CDU gerade in dem Miteinander von innerer Einheit der Gesamtpartei als Voraussetzung für jede weittragende und fruchtbare politische Entscheidung und einer farbigen Vielgestaltigkeit, die jedem grauen Einerlei abhold ist und im Mosaikbild des Ganzen den einzelnen Teilen ihre ursprüngliche Leuchtkraft erhält. Ein erfahrener politischer Beobachter in unserer engeren Heimat hat neulich die Bemerkung gemacht: „Die FDP hat hier keine großen Chancen, weil die CDU zu liberal ist.“ In der Tat spielt bei uns die freiheitliche Gesinnung auch in der Abwehr selbst des geringsten Anscheines einer „klerikalen“ oder pharisäischen Geste fast die Rolle einer Stammeseigenschaft.

„In Freiheit christlich“

Die Zusammenarbeit zwischen evangelischen und katholischen Christen auf dem Felde der Politik ist vor allen Dingen deshalb kein Problem, weil es ganz allgemein als unpassend gilt, das religiöse Glaubensbekenntnis in öffentlichen Angelegenheiten in Erscheinung treten zu lassen. Wenn allerdings gelegentlich vermutet wird, es gäbe in Norddeutschland antikatholische Affekte, so dürfen wir von der CDU Schleswig-Holsteins behaupten, daß in unseren Reihen davon nicht die Rede sein kann. Der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung beträgt nach der letzten Volkszählung 6%. Von den 27 Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion gehört einer der katholischen Kirche an. Dieser Parteifreund genießt bei allen Parlamentariern ohne Unterschied der Parteien besonderes Ansehen wegen seiner sachlichen und politischen Kenntnisse und Fähigkeiten. Es ist bekannt, daß unsere Bevölkerung nicht als besonders „kirchlich“ angesprochen werden kann. Immerhin ist die Zahl der Kircheng Austritte verschwindend klein geworden und der Anteil der Dissidenten betrug 1950 nur 5,5%. Als Symptom für das geistig-religiöse Klima muß die Tatsache gewertet werden, daß nach unserem Verfassungsrecht in der Landesatzung die Gemeinschaftsschule der einzig anerkannte Schultyp im öffentlichen Schulwesen ist. Es war die CDU Schleswig-Holsteins, die in den Verhandlungen über den Staatskirchenvertrag in Übereinstimmung mit den Kirchen des Landes erreichte, daß der „christliche Grundcharakter“ der öffentlichen Schulen gesetzlich anerkannt worden ist. Die Offenheit für liberale Gedanken verträgt sich mit einem ausgesprochen vertrauensvollen Verhältnis zu den Kirchen. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich unter den CDU-Landtagsabgeordneten ein ordentlicher Professor der Theologie befindet und daß der amtierende Kultusminister als evangelischer Theologe in sehr kurzer Zeit die ihm anfänglich entgegengebrachte

Zurückhaltung überwinden konnte und mit allen Kreisen der Lehrerschaft einen ausgezeichneten Kontakt gefunden hat. Natürlich ist es unsere Partei gewesen, die im Rahmen des Kirchenvertrages auch dafür eingetreten ist und erreicht hat, daß die finanzielle Situation unserer Kirchen erheblich verbessert und im Rahmen der bei uns gebotenen Sparsamkeit der Lage in den übrigen Bundesländern angeglichen worden ist. Es braucht nicht verschwiegen zu werden, daß die rechtliche Sicherung der im Grundgesetz garantierten Übereinstimmung des Religionsunterrichts an den Schulen mit den Grundsätzen der Kirche für unsere Partei ein unmittelbares Anliegen war, während sie in anderen Parteien des Landtages erst nach problematischen Verhandlungen Zustimmung gefunden hat.

Auf unserem letzten Landesparteitag in Rendsburg ist als zusammenfassende Bezeichnung unserer innersten Linie die Parole geprägt worden: „In Freiheit christlich, ohne Heuchelei und ohne Gewissenszwang“. Nicht ganz unbeachtlich für die Beurteilung der geistigen Grundhaltung unserer Bevölkerung ist auch die Tatsache, daß das Privatschulwesen bei uns nur eine außerordentlich geringe Rolle spielt. Die dänischen Privatschulen sind eine Sondereinrichtung Schleswig-Holsteins, für die es in keinem anderen Lande eine Parallele gibt.

Grenzsckicksal und Heimatrecht

Die Länge unserer Zonengrenze sowie der hohe Anteil von Vertriebenen aus Mitteldeutschland und aus Ostdeutschland (1949 waren es 43%, jetzt sind es 28,0%) haben die in Schleswig-Holstein immer hochgehaltene Treue zum deutschen Vaterland mit den aktuellen Akzenten des leidenschaftlichen Willens zur Wiedervereinigung, des gesamtdeutschen Denkens und der Pflege des mitteldeutschen und ostdeutschen Kulturgutes versehen. Schon die zahlreichen verwandtschaftlichen Beziehungen über die Zonengrenzen hinweg, aber genauso die von uns bewußt gepflegten Besuche hinüber und herüber, zahlreiche Tagungen sportlichen, künstlerischen und wissenschaftlichen Austausches und nicht zuletzt der Einsatz von Politikern aus den von uns abgetrennten Gebieten in unserer eigenen Partei haben zur Folge, daß die Zonengrenze, die SED-Zwangsherrschaft im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands sowie die Ungewißheit über den endgültigen Friedensvertrag als besonders drückend empfunden werden.

Die Preisgabe deutschen Gebietes kann in unseren Reihen auch nicht einmal hypothetisch diskutiert werden. Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht der Völker sind bei uns tief in Herzen und Gemütern verankert und stellen mehr als bloße politische Programmpunkte dar. An unseren Schulen haben wir die Pflege des mittel- und ostdeutschen Kulturgutes so vielgestaltig intensiviert, daß ein Schulkind in unserem Lande heute mehr Vorstellungen und Kenntnisse etwa über Ostpreußen und Schlesien hat, als es in früheren Jahrzehnten der Fall gewesen ist. Es ist für unsere Landespartei ein Herzensanliegen, für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler nicht nur eine berufliche und wirtschaftliche Existenzmöglichkeit zu schaffen, sondern ihnen darüber hinaus eine geistige Heimat zu erhalten, in der sie ihrer eigenen Vergangenheit treu bleiben können, ohne an der Zukunft verzweifeln zu müssen. Deshalb hängen bei uns soziale, wirtschaftliche, siedlungspolitische und kulturelle Maßnahmen auf dem Gebiet der mit dem Ausdruck „Vertriebenenpolitik“ viel zu eng be-

geschrieben gegenwärtigen Anstrengungen für die gesamtdeutsche Wirklichkeit untrennbar miteinander zusammen.

Auseinandersetzung fair aber entschieden

Der Ton der Verhandlungen in unserem Landtag und auch die öffentlichen Auseinandersetzungen der politischen Parteien in Versammlungen, in der Presse und im Rundfunk können im allgemeinen als sachlich und fair bezeichnet werden. Diese ruhige Art des Umgangs miteinander trübt aber keineswegs die Erkenntnis, daß ein unübersehbarer politischer Gegensatz in erster Linie zur SPD besteht. Die Sozialdemokraten haben von 1947—1950 für ihre politische Arbeit über eine geradezu erdrückende Landtagsmehrheit verfügt. Sie stellten damals von insgesamt 70 Landtagsabgeordneten 43, d. h. 61,5 %. Sie haben die Gegnerschaft unserer bürgerlichen Kreise und des Bauerntums vor allen Dingen durch die von ihnen praktizierte Bodenreform sowie durch die Einführung der sechsjährigen Schulpflicht und eine sehr einseitige Personalpolitik hervorgerufen. Mit Recht sahen immer größer werdende Teile der Wählerschaft in der Praxis der sozialdemokratischen Politik eine Gefahr für die Freiheit der Privatinitiative im Wirtschafts- und Erwerbsleben sowie eine Bedrohung unseres überkommenen organisch und übersichtlich gegliederten Schulwesens. Für einen großen Teil der Wähler in Schleswig-Holstein lautet die entscheidende politische Frage etwas vereinfacht: „Sozialdemokratische Landesregierung oder bürgerliche Landesregierung?“ Gegen die Sozialdemokraten entscheiden sich vor allen Dingen alle Wähler, die eine weitere Ausdehnung der staatlichen Macht, eine Entwicklung zu einer Art des Wohlfahrtsstaates, in der der einzelne immer mehr an Freiheit verliert, Experimente im öffentlichen Schulwesen und eine defizitäre Ausweitung des Landeshaushaltes ablehnen.

Dabei wird es wichtig sein, daß wir auch in Zukunft überzeugend beweisen, in welcher Weise sozialistische Experimente und jede Gefährdung des privaten Eigentums und Einschränkung der persönlichen Initiative vermieden werden können durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik, durch eine sparsame Finanzpolitik, durch umsichtige Erhaltung und Förderung sowohl des Mittelstandes als auch der Industrie und der Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft. Das ist die Voraussetzung dafür, daß das Land auch zur Eingliederung der Vertriebenen und zu den notwendigen Sozialleistungen fähig bleibt, den Wohnungsbau mit dem Ziele fördern kann, in absehbarer Zeit auch auf diesem Gebiet die letzten Spuren der Zwangswirtschaft zu beseitigen und den Zielen der Schul- und Kulturpolitik immer näher zu kommen.

Schul- und Kulturpolitik

Die jetzt zu Ende gehende Legislaturperiode, in der unser 1. Landesvorsitzender, Ministerpräsident von Hassel, die Richtlinien der Politik bestimmt hat, war gekennzeichnet durch ein besonders gutes Einvernehmen zwischen Bundesregierung und Landesregierung, wodurch eine eindrucksvolle Aufwärtsentwicklung entscheidend erleichtert worden ist. Die Finanzkraft der Selbstverwaltung in Gemeinden, Kreisen und Städten ist fühlbar gestärkt worden durch die Bildung einer engen Gemeinschaft im Steuerverbunde. Während 1954 die Finanzausgleichsmasse nur 39 Mill. DM betrug, konnte diese Summe bis 1958 auf 87 Mill. DM gesteigert werden.

Eine nahezu uneingeschränkte Autonomie hat das Land auf dem Gebiete der Schul- und Kulturpolitik. Darum verdienen die Leistungen der Regierung von Hassel auf diesem Sektor besondere Beachtung. In den letzten vier Jahren sind mehr als 1500 Klassenräume geschaffen worden für einen Gesamtaufwand von etwa 100 Mill. DM.

Die Hälfte dieses Betrages hat das Land aufgebracht, gut 8 Mill. stammen aus Bundesmitteln und 42 Mill. sind von den Gemeinden und Städten beigesteuert worden. 1954 mußten noch 35 % aller Volksschüler am Schichtunterricht teilnehmen. In diesem Jahr ist die Zahl auf 10 % reduziert worden. 1954 litten noch 50 % der Mittelschüler unter dem Schichtunterricht, jetzt sind es nur noch 3 %. Bei den höheren Schulen sank dieser Prozentsatz in der gleichen Zeit von 30 auf 2,5 %. Die für Eltern und Schulkinder gleichermaßen spürbare Verbesserung des Schulwesens spiegelt sich in dem Verhältnis der im Dienst stehenden hauptamtlichen Lehrer zu den Schülerzahlen wider. 1950 hatten wir durchschnittlich für mehr als 50 Volksschüler nur einen hauptamtlichen Lehrer. Jetzt haben wir bereits für 35 Volksschüler einen Lehrer. Parallel verlief die günstige Entwicklung bei den Mittelschulen und bei den höheren Schulen. Im Gegensatz zu manchen übertrieben pessimistischen Prognosen entwickelten sich die Zahlen der Studierenden an den beiden Pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg-Mürwik sehr günstig. 1953 hatten diese beiden Anstalten zusammen 418 Studierende, 1958 zählen sie 719 Studierende. Das stimmt gegenüber dem Lehrbedarf der Zukunft zuversichtlich, selbst wenn wir bedenken, daß der Anteil der Frauen an den Pädagogischen Hochschulen in einem unerwarteten Maße gestiegen ist. Die Pädagogischen Hochschulen haben in einem eigenen Statut vor zwei Jahren einen echten Hochschulcharakter erhalten und arbeiten gegenwärtig mit an den weitschichtigen Vorbereitungen für die Verlängerung der Volksschullehrerausbildung von vier Semestern auf drei Jahre.

Ein eindeutiger Schwerpunkt der Kulturpolitik wurde mit dem weiteren Ausbau der Landesuniversität und mit der Vermehrung von Ausbildungsmöglichkeiten für den technischen Nachwuchs gebildet. Ein Sofortprogramm für Universitätsbauten, das im Laufe von 3—4 Jahren den Einsatz von 36 Mill. vorsieht, ist in Angriff genommen worden. Dabei ist die personelle Seite der Förderung der Universität keineswegs vernachlässigt worden. Nicht nur die Kernphysik wurde neu angesiedelt, sondern auch für die Ostkünde konnten zwei neue Professuren angeworben werden. Insgesamt ist die Zahl der Professoren einschließlich der „Wissenschaftlichen Räte und Professoren“ von 96 auf 117 gestiegen. In einem noch größeren Umfange wurden die Planstellen für beamtete Dozenten, Oberassistenten, Oberärzte, wissenschaftliche Räte und Lektoren in der Zeit von 1954—1958 vermehrt, nämlich von 204 auf 209. Die Zahl der Angestellten der Universität stieg in der gleichen Zeit von 888 auf 1134.

Dieser für ein Agrarland außerordentlich beachtlichen Stärkung der Arbeitsfähigkeit der Universität entspricht in vollem Umfange das Anwachsen der Studentenzahlen. Die Universität Kiel hatte im Sommersemester 1954 2222 Studenten, im hinter uns liegenden Sommersemester waren es über 4200.

Den besonderen Erfordernissen der neuzeitlichen Entwicklung entspricht der energische Ausbau der Ingenieur- und Fachschulen des Landes. Die Zahl der Ausbildungsplätze an der Ingenieurschule in Kiel konnte um mehr als 50 % vergrößert werden. Neu geschaffen wurde eine Spezialeinrichtung für die Ausbildung von Isotopentechnikern. Mit Hilfe des Bundes konnte auch die Schiffsingenieurschule in Flensburg sowie die Physikalisch-Technische Lehranstalt in Lübeck mit Demonstrationseinrichtungen versehen werden, um die Studierenden in die Isotopenkunde einzuführen. Für die Staatliche Bauschule in Eckernförde wird in diesen Wochen der Grundstein zu einem Neubau gelegt. Die Schiffsingenieurschule Flensburg konnte erheblich erweitert werden und erhält gegenwärtig neue Räume.

Erwachsenenbildung und Jugendpflege

Die Bildung dieses Schwerpunktes hat nicht verhindert, daß die Schleswig-Holstein charakterisierende vieltätige Arbeit auf dem Gebiete der Erwachsenenbildung noch erheblich ausgebaut wurde. Die Landesmittel für das Büchereiwesen sind in den letzten vier Jahren fast verdoppelt worden. Die Zahl der öffentlichen Büchereien ist von 560 auf 720 gestiegen. Der Bestand an Jugendbüchereien ist um 150 % vergrößert worden. 1950 hatten wir 74 Volkshochschulen und drei Heimvolkshochschulen. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Volkshochschulen 145 und der Heimvolkshochschulen fünf.

Auch die Mittel für die allgemeine Jugendpflege konnten im Laufe der Legislaturperiode um 50 % erhöht werden. Die Neueinführung der Freiwilligen Erziehungshilfe in dem Jugendwohlfahrtsgesetz führt eine allmähliche Entlastung der staatlichen Jugendfürsorge herbei und ermöglicht eine gesunde und Erfolg versprechende Mitarbeit der Freien Wohlfahrtsverbände bei der Lösung der Aufgabe, rechtzeitig die gefährdete Jugend vor der Verwahrlosung zu bewahren. 1955 wurde das für die übrigen Bundesländer vorbildlich gewordene Jugendferienwerk geschaffen, das es ermöglicht hat, die Werbeaktionen der ostzonalen Organisationen unter unseren sozial schwachen oder politisch anfälligen Familien nahezu zum Erliegen zu bringen.

Soziale Arbeit

Die Sozialpolitik der Regierung von Hassel ist in den letzten Jahren noch ausgebaut worden. Ein großzügiger Sozialplan umfaßt vor allen Dingen die Unterstützung der Wohlfahrtsverbände, Müttererholungsfürsorge, Mütterschulung, Kinder- und Kindererholungs-Fürsorge, Förderung der Kindergärten, Unterstützung der Blindenförderung, der Gemeindekrankenpflege, Fürsorge für Krebskranke, sonstige Kranke und Körperbehinderte, Unterstützung der Aussiedler aus den Ostgebieten, Förderung der Gefangenen- und Entlassenenfürsorge. Für den gleichen Zweck weist der Landeshaushalt 1958 2 221 000 DM auf. Die Träger kommunaler Krankenhäuser erhielten Sonderbedarfszuweisungen.

Im Wohnungsbau wurde besonderer Wert auf die Bildung des individuellen Eigentums am Wohnraum gelegt sowie auf Wohnungen für leistungsschwache Familien. Besonders vorangetrieben werden konnte auch der Landarbeiterwohnungsbau. Auch die Barackenräumung konnte beträchtliche Fortschritte erzielen. In den Landkreisen ist es gelungen, 75 % der Lagerbewohner nach dem Stande von 1950 in Dauerwohnraum einzuweisen.

Landwirtschaft und Siedlungswesen

Auf dem Gebiete von Landwirtschaft und Ernährung stehen die politischen Maßnahmen des Landes unter dem Grundsatz, jeden Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrielandwirtschaft zu vermeiden und ihre wechselseitige Ergänzung herbeizuführen. Das Ziel der Landwirtschaftspolitik richtet sich darauf, Aufwand und Ertrag in ein rechtes Verhältnis zu bringen, und zwar wesentlich durch eine Verbesserung der Struktur in der Landwirtschaft sowie durch eine Modernisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Landwirtschaft. Im nördlichen Grenzraum wird ein Gebiet von 110 000 ha einheitlich und durchgreifend saniert mit Hilfe von Bodenverbesserung, wasserwirtschaftlichen Maßnahmen, Flurbereinigung, Wegebau und Aufforstung. Von großer Wichtigkeit sind in unserem Lande zwischen den Meeren die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen. Das dafür angesetzte Bauvolumen hat im Jahre 1957 eine Höhe von 100 Mill. erreicht. Im Jahre 1956 wurden für Küstenschutz und Landgewinnung 23 Mill. ausgegeben,

für Binnenentwässerung 30,2 Mill., für Trinkwasserversorgung 12,6 Mill., für Kanalisation 15 Mill. DM. Odlandkultivierung, Flurbereinigung, Wirtschaftswegebau und Aufforstung haben erheblich dazu beigetragen, die Situation der Landwirtschaft zu verbessern. Für den bäuerlichen Nachwuchs sorgt ein gut ausgebautes System von Landwirtschaftsschulen. In der Zeit zwischen 1950—1957 sind auf dem Gebiet des Siedlungswesens 15 500 Betriebe vergeben worden durch Neusiedlung für Einheimische und Vertriebene, durch Wiedereingliederung vertriebener Angehöriger der Landbevölkerung und durch Seßhaftmachung nachgeborener Bauernsöhne. Die Bedeutung dieser Zahl rückt in ein besonderes Licht, wenn beachtet wird, daß in der Zeit von 1892—1939, also innerhalb eines halben Jahrhunderts, lediglich 7500 Siedlerstellen geschaffen worden sind. Auch die Förderung der Fischerei ist ein Anliegen des CDU-Ministers für Landwirtschaft und Ernährung. Seine Maßnahmen haben wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Umsätze in der Fischindustrie von 1952 bis 1957 von 55 Mill. auf 80 Mill. DM steigern konnten.

Industrie und Mittelstand

Die Entwicklung der eigentlichen Wirtschaftspolitik in unserem Lande ist um so beachtenswerter, als sie mit den besonderen Schwierigkeiten der Verkehrsferne rechnen muß und in unmittelbarer Nähe über keinerlei Bodenschätze verfügt. Der monatliche Industrieumsatz betrug im Jahre 1954 337 Mill. DM, im Jahre 1957 war er auf 508 Mill. DM angestiegen. Dabei sind 45 % aller produzierenden Betriebe erst nach 1945 entstanden. Im Durchschnitt ist seit der Währungsreform alle 4 Wochen ein neuer Betrieb mit 400 Beschäftigten gegründet worden.

Der Mittelstand, das Rückgrat der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, wurde durch Zuschüsse und Darlehen an Handwerks-, Kleingewerbs- und Fremdenverkehrsbetriebe gefördert. Dazu kamen 1955—1956 besondere Zinsverbilligungsaktionen. Für den Althausbesitz konnten in der Zeit von 1954—1957 der Betrag von 6,7 Mill. DM als Instandsetzungsdarlehen zur Verfügung gestellt werden, die von den Kreditinstituten so aufgestockt wurden, daß im Ergebnis die doppelte Summe zur Verfügung stand.

Der Güterumschlag in den Ostseehäfen hatte 1950 erst 64 % des Vorkriegsstandes erreicht, 1954 betrug er 109 %, im Jahre 1955 bereits 135 % des Vorkriegsstandes.

Außerordentlich wichtig für ein Agrarland ist der Straßen- und Wegebau. In den letzten 4 Jahren wurden weit über 600 km Landstraße 1. Ordnung und über 400 km Landstraßen 2. Ordnung gebaut. Eine entsprechende Pflege und Förderung erfuhren Radwege und die großen und kleinen Gemeindewege.

Die Zahl der Beschäftigten zeigt von 1954—1957 eine stetig ansteigende Linie von 680 000 auf 760 000, also eine Steigerung, welche die programmatische Forderung der SPD nahezu um das Dreifache übertraf. Für den Bürger spiegelt sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage immer noch am eindeutigsten in der Höhe seiner Spareinlagen wider. In unserem Lande sind 1954 insgesamt 459 Mill. DM Spareinlagen zu verzeichnen gewesen. 1955 war der Betrag bereits auf 577 Mill. DM gestiegen. 1957 aber sind 800 Mill. DM gespart worden.

Politik aus christlicher Verantwortung

Das verhältnismäßig umfangreiche Zahlenmaterial ist bewußt aufgeführt worden, um auf Tatsachen hinzuweisen, die von keinem politischen Gegner geleugnet werden können und aus denen eindeutig hervorgeht, daß es der in der Hauptsache von der CDU getragenen Landesregierung gelungen ist, das Wohl des Landes auf allen wesentlichen Lebensgebieten zu

fördern. Wir sind dabei auch als Landespartei keineswegs auf einen primitiven Erfolgsmaterialismus herabgesunken, im Gegenteil haben wir unsere Mitarbeiter und uns immer wieder mit den schwierigen Problemen unserer Zeit und auch mit den geistigen Fragen und Nöten des modernen Menschen konfrontiert. Es sind besonders eindrucksvolle Tagungen im Haus Rissen bei Hamburg gewesen, in denen wir uns um ein vertieftes Verständnis der Ost-West-Spannung gerade auch in weltanschaulicher Sicht bemüht haben. Wir haben es abgelehnt, uns einfach mit Schlagworten über die Ideologie des militanten Marxismus und Kommunismus hinwegzusetzen, sondern es für richtig gehalten, uns Sachkenntnisse und persönliche Überzeugungen in Arbeitstagungen zu erarbeiten. In gleicher Weise haben unsere führenden Politiker sich bereits Monate vor den Auseinandersetzungen im Landtag mit

den Fragen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr unter allen denkbaren Gesichtspunkten sorgfältig im Gespräch mit hervorragenden Sachkennern auseinandergesetzt. Für diese vertiefte geistige Arbeit der Partei hat sich die starke und lebendige Junge Union besondere Verdienste erworben. Ihr hat sich auch die Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises eingegliedert. Seine Jahrestagungen haben sich um ein Verständnis der Beziehung zwischen Glaube und Politik, um die Bedeutung der Gewissensentscheidung und der Eidesbindung sowie um sozial- und familienpolitische Tatbestände bemüht. Im Lande selbst hat der Evangelische Arbeitskreis besonders in Lübeck, Flensburg, Itzehoe und Kiel Gruppen von Mitarbeitern, die in verschiedenen Formen für die Erhaltung der geistigen Lebendigkeit unserer Bemühung sorgen, Politik aus christlicher Verantwortung zu treiben.

DER CHRIST IN DER HEUTIGEN WELT

Ein Wort über die Kräfte der Zeit

von Hans Schomerus

Die Feststellung, daß die Welt anders geworden sei, kann eine Banalität in sich enthalten. Denn wann hätte die Welt jemals aufgehört, anders zu werden? Vergänglichkeit und Veränderung gehören zum Wesen der Welt, und man kann sich eine Welt überhaupt nicht vorstellen, die nicht ständig anders wird. Zudem — in den letzten fünfzig Jahren hat sich der Entwicklungsgedanke als der Schlüssel zum Geheimnis der Welt so unwiderstehlich durchgesetzt, daß wir uns kaum noch etwas so Absurdes vorstellen können wie eine Welt, die sich nicht verändert. Denn Entwicklung heißt doch, daß nichts bleibt, sondern alles sich entwickelt. Es wäre verwunderlich, wenn ausgerechnet die Christenheit dafür kein Verständnis hätte. Der Christ nämlich weiß unmittelbar als irgend jemand in der Welt, was Geschichte heißt, und daß hier alles auf Veränderung hinausläuft. Es ist zwar sehr wahrscheinlich, daß ein Christ konservativ ist, aber er ist es gerade nicht in dem Sinne, daß er auf einem status quo beharrt oder sich einbildet, daß man auf einem solchen beharren könne. Wenn die Berufung auf den status quo konservativ genannt werden darf, dann ist der Christ ganz sicher nicht konservativ.

Offenbar ist es etwas Auffälliges an unserer Zeit, daß sich Programme in die Form der Feststellungen verkleiden. Der Satz: Die Welt ist anders geworden! klingt wie eine Feststellung. Aber es ist meistens als Programm gemeint: Die Welt muß anders werden! — Es ist immer der Ton, der die Musik macht, und offensichtlich ist der Ton, in dem dieser Satz heutzutage zitiert wird, ein revolutionärer Ton: Man hält es durchaus für richtig, daß es so ist, und man möchte mindestens sein Teil dazu beitragen, daß es sich so verhält und allmählich eine ganz andere Welt nach unseren Programmen entsteht. In der wirklichen Geschichte freilich haben Revolutionen selten etwas Neues gebracht, obwohl sie gerade das immer wollten. Sie haben immer nur das alte liquidiert, und daher ist für Revolutionen die Guillotine immer sehr wichtig gewesen, infolgedessen natürlich auch die Reaktion oder Restauration. Denn die Revolution will verändern, folglich muß es vor allen Dingen einen verhassten oder überlebten Zustand geben.

Der Mensch in der Geschichte

Es wäre unziemlich, sich auf die gegenwärtig beliebte Debatte zwischen angeblichen Reaktionären und angeblichen Avantgardisten einzulassen. Denn beide Typen sind gar nicht mehr gegenwärtig, sondern gehören der

Vergangenheit an. Sie interessieren nicht mehr, obwohl sie sich noch ständig in die Debatte einmischen und ihr einen seltsam unrealistischen Ton verleihen. Inzwischen nämlich ist die Welt wirklich so anders geworden, wie es sich weder Reaktionäre noch Avantgardisten vorstellen können. Wer aber die Welt unter dem Gesichtspunkt seines Programms betrachtet, verwechselt Absichten mit Einsichten, und dies ist einer der Gründe, weswegen man von einem um sich greifenden Schwund an Realitätssinn in unserer Gegenwart sprechen kann. Leider erheben sich auch in der Christenheit manche Stimmen, welche die Wahrheit an programmatischen und propagandistischen Maßstäben messen wollen. Sie sind nicht die Stimme der Kirche, obwohl sie sich oft genug dafür ausgeben. Die Kirche ist weder reaktionär noch revolutionär, sie erhebt weder die Vergangenheit noch die Zukunft in ein Programm der Weltverbesserung. Aber sie hat bestimmte Einsichten in bezug auf die Zeit, also auch auf unsere Gegenwart. Im Hinblick auf die anders gewordene Welt wäre zunächst einmal zu sagen, daß es sich dabei um eine Veränderung des Bewußtseins handelt. Der moderne Mensch hat weithin das Bewußtsein dafür verloren, daß er in einer Geschichte steht. Er respektiert nur noch das aktuelle Ereignis, er bagatellisiert seine eigene geschichtliche Herkunft. An der Zeit ist ihm wichtig und verständlich nur die neue Zeit, seine Herkunft aber erscheint ihm belanglos. Die neue Zeit ist eben die neue Welt, und die neue Welt ist die Welt überhaupt, das heißt auch Inbegriff aller Wahrheiten. Auch die Wahrheiten müssen ja neue Wahrheiten sein, wenn sie in der neuen Welt gelten sollen. Alte Wahrheiten können unmöglich gelten in einer neuen Welt.

Die Unverbindlichkeit der Wahrheiten

Für dieses Bewußtsein gibt es keine Verbindlichkeit der geschichtlichen Herkunft, sie ist reine Vergangenheit, sie braucht nicht einmal bewältigt zu werden, da sie ja schon vergangen ist. Infolgedessen gibt es auch keine Orientierung in die Zukunft hinein. Der Fortschrittsglaube im Sinne eines zukunftsfrohen Optimismus ist innerlich völlig zusammengebrochen. Man ist zwar vollkommen überzeugt, daß wir technisch fortschreiten, wobei in das Gebiet der Technik heute auch die Soziotechnik fällt, d.h. die Bewältigung sozialer Probleme durch eine soziale Apparatur, die mit einem möglichst geringen Aufwand an Menschlichkeit die zwischenmenschlichen Beziehungen und die Dynamik

sie den Übergang vom schweifenden Leben der Nomaden, der Jäger und Fischer zum seßhaften Dasein des Bauern vollzog. Auch damals handelte es sich um eine Veränderung in bezug auf die ökonomische Daseinsbewältigung, die selbstverständlich äußerst folgenreich war bis in die sittlichen Maßstäbe hinein. Man kann sagen, daß der Mensch anfänglich von der Beute lebte, also von dem, was er der ursprünglichen, durch keinen menschlichen Eingriff veränderten Natur entnahm. Da diese ursprüngliche Natur keineswegs nur mütterlich, sondern in hohem Maße wild ist, war dieses Angewiesensein auf die Beute voller Gefahren elementarer Art.

Wie dem auch immer sei — die Epoche der Beute wurde abgelöst von der Epoche der Ernte, und der Mensch betrat nunmehr eine Ebene der ökonomischen Daseinsbewältigung, auf der er sein Leben nicht mehr der ursprünglichen und wilden Natur abgewann, sondern der von ihm — in Gestalt des Ackers — gepflegten Natur. Diese Periode aber dauert im europäischen Bereich bis in die Zeit Goethes. Der Übergang von der Beute zur Ernte vollzog sich wahrscheinlich sehr langsam und nicht ohne bedeutende Katastrophen. Denn er war ja begleitet von einer Verwandlung fast aller gesellschaftlichen Maßstäbe, mithin anfangs von einer völligen sozialen Desorientierung. Man braucht sich nur einmal vorzustellen, wie sehr sich die Begriffe „reich“ und „arm“ und mithin die Vorstellungen vom Eigentum wandeln mußten! Denn in der Periode der Beute bedeutet Reichtum neben der Geschicklichkeit vor allen Dingen Glück, das damals offenbar auf eine magische Weise sowohl mit der Person als auch mit Instrumenten oder Waffen verknüpft sein mußte, und Eigentum bedeutete alles, was von der Aura der Person durchtränkbar erschien, wie Waffe, Schmuck, Pferd und Hund, aber auch Frau, Kind und Leibeigener.

Obwohl manches davon auch in der Periode der Ernte als Eigentum angesprochen wurde und bis heute wird, so geschieht doch dies in einem völlig anderen Sinne, nämlich im Sinne eines sachlichen Verfügungsanspruchs, und daher ist in dieser Periode nicht derjenige reich, der viel Glück hat, sondern der viel besitzt. In dieser Richtung verwandelten sich damals alle sozialen Maßstäbe und es läßt sich leicht schließen, unter welcher Verwirrung und welchen Katastrophen dies vor sich ging. Es scheint, daß sich ein Nachklang dieser Katastrophen noch in der biblischen Urgeschichte von Kain und Abel findet.

Die ökonomische Daseinsbewältigung

Nunmehr wird ungefähr deutlich, in welcher Situation wir uns befinden. Denn in unseren Generationen vollzieht sich wiederum ein Übergang ähnlicher Art, nämlich der Übergang von der Ernte zur Produktion. Wir leben immer weniger von dem, was wächst, und immer mehr von dem, was wir machen, und dies ist das eigentliche Kennzeichen der Ebene der ökonomischen Daseinsbewältigung, in die wir durch die sogenannte industrielle Revolution oder den sogenannten technischen Fortschritt nunmehr, d. h. seit etwa 150 Jahren, eingetreten sind. Wiederum vollzieht sich dieser Übergang unter sichtbaren Katastrophen, zu denen in unserer Zeit sowohl die europäischen Revolutionen wie auch die Weltkriege zu zählen sind. Außerdem wird eine völlige gesellschaftliche Desorientierung und das Schwinden überlieferter Maßstäbe immer deutlicher. Dies ist es, worauf sich der Eindruck einer total veränderten Welt bezieht. Es muß freilich hinzugefügt werden, daß sich die gegenwärtige Veränderung mit einem bedeutend höheren Grad von Bewußtheit zu vollziehen scheint als die Veränderung vorher. Im Empfinden des gegenwärtigen Menschen spiegelt sich dieses Ereignis als Revolution ab, d. h. als ein

geplanter Prozeß, sozusagen als produzierte Geschichte. In diese revolutionäre Selbstsicherheit mischt sich heute immer stärker eben die Skepsis, die man sicher nur unter starkem Vorbehalt konservativ nennen kann. Jeder Fortschritt wird hier zugleich als Schicksal oder Verhängnis empfunden, auf dessen Wege der Despotismus des Kollektivs, also die Massenwelt, den Menschen überwältigt. Von da aus ergibt sich jene seltsame Grundstimmung unseres Zeitalters, die Optimismus und Fanatismus, aber auch zugleich Pessimismus und eine tiefe Angst in sich enthält.

Weltanschauung statt Weltwirklichkeit

Es wird indes nötig sein, diese sehr seltsame Mischung von Selbstsicherheit und Skepsis — um nicht zu sagen: Verzweiflung — näher zu analysieren. Offenbar hängt dieser Zustand mit dem hohen Grad von Bewußtsein zusammen, von dem schon die Rede war. Nur das wird als wirklich anerkannt, was sich vor unserem Bewußtsein als wirklich ausgewiesen hat. Man muß es am Ende in aller Schärfe formulieren, damit die Konsequenz deutlich wird. Nur das Gewußte ist wirklich! Mit dieser Formel ist nämlich gesagt, daß der Mensch überall in der Welt immer nur sich selber begegnet und auch nichts anderem begegnen kann als sich selber. Was wir nämlich wissen, ist immer nur die Antwort der Dinge auf unsere Frage, aber sie antworten auch nur auf unsere Frage. Insofern begegnen wir immer nur dem, was unsere Frage bewirkt hat, also uns selbst. Außerhalb unserer Frage bleiben die Dinge stumm und unerkannt, mithin nach dem Maßstab unseres modernen Bewußtseins unwirklich. Was aber heißt das nun in Wahrheit? Der Mensch begegnet immer nur sich selbst, und wenn er von Welt redet, so ist das eben nur die der menschlichen Frage ausgesetzte Welt! Das aber heißt in Wahrheit, daß keine Begegnung stattfindet: denn man begegnet nicht sich selbst, sondern nur einem Gegenüber. Dieses Gegenüber aber ist nicht mehr vorhanden, es ist sozusagen verlorengegangen. Wir haben in der Tat Weltwirklichkeit verloren, und stattdessen haben wir nur einen Horizont, einen Gesichtskreis, eine Weltanschauung. Unsere Epoche ist im gegenwärtigen Stadium eine Epoche ungeheuren Weltverlustes. Der Mensch ist sehr einsam geworden. Er lebt in einer technischen Umwelt, die auf eine verzweifelte Weise er selbst ist, seine von ihm gemachte Welt. Er steht einem Sachverhalt gegenüber, den er nach allen Regeln seines Denkens objektiv nennen muß, und von dem er doch insgeheim weiß, daß er nur die Antwort auf seine Frage ist, also gerade nicht die Sache, sondern das „Verhalten der Sache“ in bezug auf das Verhalten des Menschen. Man kann aus dem „objektiven Sachverhalt“ immer den Standpunkt ablesen, von dem aus die Sache subjektiv befragt wurde. Andere mögliche Aspekte sind dabei sorgfältig ausgeblendet. Der Mensch weiß heute, daß seine Moral eine Art soziale Spielregel ist; sie gilt, aber sie hat keine Gültigkeit. Moral hat nur einen sozialen oder ideologischen Geltungswert, sie ist überhaupt vom Wert bestimmt, das aber heißt wiederum: nicht von der Wahrheit, sondern von der Währung.

Das Ich und das Soziale

Infolgedessen flüchtet sich der Mensch in das Soziale. Da er kein Gegenüber mehr hat, dem er begegnen könnte — da er immer nur sich selbst begegnet —, so will er wenigstens seinesgleichen begegnen. Hier liegt eine der Wurzeln des Sozialen in unserer Zeit, und Simone Weil hat offenbar unheimlich scharf gesehen, als sie davon sprach, daß das Ich und das Soziale die

beiden Götzen unserer Zeit seien. Denn diese beiden Götzen sind verschwistert. Woraus ersichtlich wird, daß es nicht im Sinn der Erkenntnistheorie, sondern im Sinn der Existenz gemeint ist, wenn gesagt wurde, daß der Mensch nur sich selbst begegnet. Man kann infolgedessen nur mit Vorbehalt vom Massenmenschen reden. Gemessen etwa an den Bindungen, in denen der vortechnische Mensch ganz selbstverständlich lebte, ist der Mensch unseres Zeitalters, also des Zeitalters der Produktion, unerhört frei und er weiß das auch. Er ist in einem unerhörten Maße auf sich allein angewiesen, er kennt kein Gegenüber, an dem er sich orientieren kann. Er kennt keinerlei Gültigkeit, er weiß nur, was Geltung hat. Wenn man daher von Masse reden will, so muß man wissen, daß „Masse“ nur die Kehrseite einer unvorstellbaren, aber tagtäglich gelebten Einsamkeit ist, freilich nicht so sehr einer zwischenmenschlichen Einsamkeit als viel mehr einer Art von metaphysischer Einsamkeit, eines Gottverlassenseins. Es wird sich aber herausstellen, daß diese verlassene Einsamkeit auch die Menschen untereinander einsam macht, und das Kollektiv ist der höchste Grad zwischenmenschlicher Einsamkeit.

Man kann das am Verhältnis zum Staat beobachten. Auf der einen Seite hat der Staat im Zeitalter der Produktion jeden Hauch von Transzendenz verloren. Es ist ein technisch geplantes und konstruiertes Geflecht von Egoismen, die darum, weil sie ineinander verflochten sind, ein Recht haben, sich altruistisch zu nennen. Auf der anderen Seite regelt eben dieser Staat jedes menschliche Verhalten, und man hat nur noch selten Gelegenheit, gegen einen Mitmenschen beispielsweise barmherzig zu sein. Denn Barmherzigkeit ist sozusagen eine Funktion der öffentlichen Fürsorge geworden. Der einzelne Mensch ist für Barmherzigkeit nicht mehr zuständig, und was den sachlichen Effekt anbetrifft, so ist er selbstverständlich dort größer, wo der Einzelne seine Zuständigkeit an die öffentliche Fürsorge abgibt. „Der Staat sind Wir!“ — das bedeutet im vollen Ernst, daß der Staat ganz und gar und ohne jeden Vorbehalt Produkt des Menschen ist, daß aber der Mensch eine Fülle von Zuständigkeit eben an dies sein eigenes Produkt abgegeben hat und abgeben muß.

„Gott sitzt im Regimente“

Es zeigt sich offenbar, daß der Übergang von einer Weise ökonomischer Daseinsbewältigung in eine neue Weise über das Ökonomische hinaus Konsequenzen hat. Damit ist nicht einem ökonomischen Materialismus das Wort geredet, sondern nur gesagt, daß alle Dinge in Zusammenhang miteinander stehen, und daß daher unsere Epoche des Übergangs in aller Wahrheit ein geschichtliches Stadium ist und nicht etwa nur die Folge eines technischen Tricks. Die Geschichte aber ist nicht ihrer selbst mächtig, sie ist nicht einfach ein Prozeß, der abläuft. Es ist aber auch der Mensch nicht der Geschichte mächtig, so daß sie sein Produkt sei und „Gemächte“ genannt zu werden verdiente. Sondern Gott ist der Geschichte mächtig, und deshalb muß — wie Luther sagt — zu allen Zeiten etwas Merkliches geschehen sein und geschehen. Jener einfältige Satz: „Gott sitzt im Regimente!“ ist nun einfach wahr, und dies bedeutet, daß der Mensch von heute ein Gegenüber hat; denn Gott ist — gegenwärtig. Gott ist immer Gegenwart, denn ER bleibt, wie ER ist. Es fragt sich nur, ob der Mensch, der vergeht, gegenwärtig ist vor Ihm. Und deshalb kommt es nunmehr auf die Kirche an.

Zweifellos steht die Kirche heute wie allezeit in der Gefahr, sich an die Welt zu verlieren. Das kann z. B. geschehen, indem sie die aus

der geschichtlichen Periode der Ernte überlieferten gesellschaftlichen Maßstäbe als verbindliches göttliches Gesetz verkündet, und also in einem unechten Sinne konservativ wird. Sie käme damit am Ende sogar einer verbreiteten Neigung unserer Zeit entgegen. Denn jene schon zitierte „Neigung zum Soliden“ ist weithin eine Flucht ins Bewährte. Aber das Bewährte ist nicht in jedem Sinne das Wahre, sondern oft auch nur das bislang Bewährte, das aber keineswegs der Vergänglichkeit entnommen sein kann. Hier tut sich für die Kirche eine große Aufgabe auf: Sie wird die Frage nach dem Gesetz neu und in ihrer ganzen Tiefe durchdenken müssen. Ein Ansatz dazu ist schon in der reformatorischen Theologie gegeben, nämlich in der Unterscheidung zwischen dem politischen oder sozialen und dem theologischen „Gebrauch des Gesetzes“. Es ist nämlich damit gesagt, daß der bloß moralische Aspekt der Moral nicht genügt. Gut und böse sind nicht moralische, sondern ontische Qualitäten, und jede Verfehlung des Guten ist zugleich Verfehlung des Wirklichen. Unter politischen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten heißt das, daß nicht das Programm, die Utopie, das zu Verwirklichende, also ein Ideal oder Leitbild Inhalt der Moral sein kann, sondern das Wirkliche. Die Kirche weiß, daß das Wirkliche in diesem Sinn eben das ist, worauf das Gesetz hinweist. Denn das Gesetz Gottes ist nicht Anweisung, wie man es machen soll, sondern Hinweis darauf, was wirklich ist, und was der Mensch infolge der Sünde ständig und notwendig verfehlt. Denn Sünde ist Verfehlung des Wirklichen, das ja nur in Gott wirklich ist, dem Vater und dem Sohne und dem Heiligen Geist. Jedes der zehn Gebote ist unter diesem Betracht ein Hinweis auf ein Lebensfundament, nicht auf ein Leitbild oder ein Ideal. Ideale sind insofern utopisch, als sie nicht wirklich sind, sondern erst von uns verwirklicht werden sollen, aber eben nie verwirklicht werden können. Fundamente hingegen sind wirklich, und Verlassen der Fundamente bedeutet Verfehlung des Wirklichen, mithin also Orientierung ins Nichts hinein. Dies aber gilt im strengen Sinne auch im Rahmen des politischen oder sozialen „Gebrauches des Gesetzes“. Angesichts der völligen politischen und sozialen Desorientierung unserer Gegenwart entsteht also für die Christenheit die dringende Aufgabe, das Gesetz Gottes wieder neu zu durchdenken, nämlich im Blick auf die Fülle des Seins, die wir verfehlt haben, statt uns von ihr erfüllen zu lassen. Es ist ziemlich sicher, daß die Christenheit dabei zu neuen Entdeckungen kommen wird. So wird — um ein Beispiel zu nennen — das Eigentum nicht mehr im überlieferten Sinne verstanden und gesehen werden können. Es dynamisiert sich sozusagen auf eine eigentümliche Weise und nähert sich in mancher Hinsicht wieder dem Eigentum in der Periode der Beute. Es scheint, daß das Eigentum wieder sehr stark auf die Person und ihre personhafte Mächtigkeit bezogen ist. Jedenfalls wird sich die Christenheit nicht so ohne weiteres auf den überlieferten bäuerlich-bürgerlichen Eigentumsbegriff berufen können. Das Gleiche gilt von der Ehe, der Familie, dem leiblichen Frieden und der Herrschaft — alles Fundamente menschlichen Lebens, die im Lichte des Gesetzes neu entdeckt werden müssen. Aber es muß neu entdeckt werden, es muß nach der Wahrheit gefragt werden und nicht bloß nach der Bewährung in der Zeit.

Geistliche Tarnung aktueller Fragen

Eine andere Gefahr, in der sich die Christenheit befindet, ist die Sektiererei. Es läßt sich nicht übersehen, daß der Zug zur Sekte in der gegenwärtigen Christenheit außerordentlich mächtig ist und sich allem Anschein nach in

Zukunft noch steigern wird. Es ist zu befürchten, daß der Christenheit die bedrohlichsten Gefahren aus der Schwärmerei und Sektiererei erwachsen, also von daher, wo das „äußere Wort“ als ein echtes Gegenüber verlassen wird zu Gunsten einer inneren Erleuchtung oder Überzeugung. Bemerkenswerterweise aber endet der Weg jeder Sekte nicht in einer „Innerlichkeit“, sondern in einer „Äußerlichkeit“, nämlich im äußeren Verhalten in einer vorübergehenden Frage, die oft genug einfach eine Frage der aktuellen Politik ist. Wenn die Welt sich verändert, ist Gelegenheit zur Machtergreifung im größeren oder geringeren Umfange gegeben, und solche Gelegenheiten werden unter mancherlei Tarnungen ausgenutzt. Die Geschichte der Christenheit lehrt, daß es auch geistliche Tarnungen gibt.

Die Kirche Christi aber kann die Veränderungen der Welt mit Freimut und Gelassenheit betrachten; denn sie weiß, daß der Grund der Welt unverändert bleibt, nämlich als Schöpfung, als Heil und als Leben. Was sich verändert, ist weder die Schöpfung noch das Heil noch das Leben — sie sind unveränderlich und unwandelbar in Gott dem Vater und dem Sohne und dem Heiligen Geist. Das aber verkündet die Kirche, denn dies ist das Evangelium. Was sich verändert, ist allein die Gestalt des Unheils, der Verfehlung und der Verlassenheit. Das Unheil aber entstammt dem Abgrund, also der Welt des Widersachers. Auch der Widersacher ist freilich Welt. Er ist auch nicht aus sich selbst, sondern aus Gott, und nur insofern ist er mächtig in der Welt. Der Grund der Welt ist die Wahrheit, die zugleich Güte und Treue Gottes ist. Diesen Grund und Kern der Wirklichkeit hat die Kirche Christi auszusagen. Es besteht natürlich die Gefahr, es so zu sagen, als handle es sich um bloße Anschauungen der Christen, also um das, was die meisten gegenwärtigen Menschen unter dem Christentum verstehen. Nach dem üblichen Verstand ist Christentum eine Anschauung von der Wirklichkeit und nicht die Wirklichkeit selbst. Was aber die Kirche aussagt, ist Gottes Wort, und Gottes Wort ist nicht eine Theorie oder Anschauung, sondern die Wirklichkeit selbst. Darum ist die Gestalt des Wortes Gottes in der Kirche nicht allein die Predigt, sondern auch das Sakrament.

Der Zeit mächtig, der Ewigkeit gewiß

Dies alles ändert sich nicht in der sich wandelnden Welt. In Wort und Sakrament bleibt die Kirche unverändert und unwandelbar bis an das Ende der Zeit. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Kirche sich in ihrer soziologischen Gestalt verändern müssen, daß die überlieferten Formen der Gemeinden und Kirchen eingehen in andere Formen, die der Gesellschaft im Zeitalter der Produktion angemessen sind. Es ist beispielsweise anzunehmen, daß die Nachbarschaft einen anderen Gehalt bekommt. Nachbarschaft begründete sich im Zeitalter der Ernte damit, daß Nachbarn auf der Ebene der ökonomischen Daseinsbewältigung aufeinander angewiesen waren. Heute im Zeitalter der Produktion erhält die Nachbarschaft einen anderen Gehalt, in mancher Hinsicht flüchtiger, in anderer Hinsicht wiederum auch persönlicher. Es ist weiterhin wahrscheinlich, daß es in einem verstärkten Maße eine kirchliche Publizistik wird geben müssen. Veränderungen dieser Art kann die Kirche in aller Gelassenheit und ohne jedes revolutionäre Pathos vollziehen; denn sie ist ihrer Zeit mächtig, weil sie der Ewigkeit gewiß ist. Der Eifer und das Pathos der Revolution hingegen sind sektiererisch. Die Verantwortung der Kirche innerhalb der Gesellschaft ergibt sich im Einzelnen aus dem ständigen Gespräch zwischen Kirche und Gesellschaft, und dieser Dialog ist Aufgabe der verschiedenen Bereiche kirch-

licher Publizistik, in deren Rahmen ja nicht die Gemeinde, sondern das Publikum Partner der Kirche ist. Der Kern dieser Verantwortung aber bleibt überall die unwandelbare göttliche Wahrheit, die sich der Kirche gibt, solange sie Gottes Wort hört und sich des Sakramentes bedient. Wort und Sakrament meinen den Menschen nach seiner vollen Person und stellen ihn mit seiner vollen Person und nicht nur nach Bewußtsein und Willen in die leibhaftige Gegenwart des dreieinigen Gottes. Gott ist zwar immer und überall gegenwärtig, und wir können nicht einen Augenblick seiner Gegenwart entgehen. Aber wir sind nicht allzeit vor Gott gegenwärtig. Wir werden in aller Leibhaftigkeit, also nach Leib und Seele und in unserer vollen Person, vor ihm gegenwärtig in Wort und Sakrament. Es ist dies neben der bräutlichen Liebe und dem irdischen Tod fast die einzige Gelegenheit, wo der Mensch unserer Zeit für voll genommen wird, das heißt nicht nur nach seiner Funktion oder nach einer bloßen Schicht seines Wesens, wie es Wille und Bewußtsein sind, sondern als volle Person bis in die Schicht des Unbewußten, bis in unsere Tiefe hinein und bis in jedes Glied und in alle Sinne. Es wäre schlimm, wenn die Kirche dieses ihr zentrales Amt vernachlässigte oder wenn sie im Gottesdienst ausschließlich im Hinblick auf die cerebralen Funktionen des Menschen verführe. Wie die Dinge heute stehen, ist der volle Gottesdienst, in dem wir auch unsere Leiber Gott zum Opfer bringen, wie es im Römerbrief heißt, der einzige Ort, wo der ganze Mensch heilsam gerufen wird. Es sollte aber auch ein voller Gottesdienst sein und nicht eine einseitige theologische Belehrung.

Gottesdienst und publizistische Arbeit

Dann aber wird die Christenheit stärker und unbefangener als bisher das Gespräch mit der Welt, das heißt mit der Gegenwart und ihrer Öffentlichkeit, zu führen haben. Dazu müssen neue Formen zwar von der Christenheit, aber aus der Gegenwart entwickelt werden. Man vergißt heute leicht, daß sowohl Augustins Schrift über den „Gottesstaat“ wie auch Luthers Reformationsschriften ursprünglich nicht theologische Werke waren, sondern publizistische Aktionen. Sie richteten sich an die große Öffentlichkeit ihrer Gegenwart, also nicht eigentlich an die Gemeinde, sondern an das Publikum. Damals konnte man zur Not sagen, daß das Publikum eben Gemeinde war. Heute aber ist selbst die Gemeinde weithin Publikum, das heißt eine durch das Evangelium nicht qualifizierte Öffentlichkeit. Deshalb sind Presse, Rundfunk und Film Wege, auf denen die Christenheit im ständigen Gespräch mit der Gegenwart bleibt. Das bedeutet aber, daß sie hinsichtlich der Methoden und Mittel den Gesetzen gegenwärtiger Publizistik unterworfen ist. In dieser Hinsicht ist sowohl in der Presse wie im Rundfunk und Film noch viel zu tun, um Hemmungen und Vorurteile zu überwinden. Ein besonderes Gebiet kirchlicher Publizistik sind die Evangelischen Akademien, die ja eine Stätte des dauernden Gesprächs zwischen der Christenheit und der gegenwärtigen Öffentlichkeit sind. Hier rücken Gottesdienst und publizistische Arbeit der Christenheit besonders eng zueinander. Es bedarf offenbar einer sehr großen Zuversicht, damit diese Arbeit nicht in Dauerreflexionen oder auch Daueraktionen ausartet. Es bedarf mithin einer ständigen Zentrierung dieser Arbeit in Wort und Sakrament.

(Dieser Beitrag ist der von Generalsuperintendent D. Günter Jacob, Prälat D. Hermann Kunst und Bischof i. R. Prof. D. Dr. Wilhelm Stählin herausgegebenen Monographie „Die evangelischen Christen in Deutschland“ entnommen. Das Werk, auf das wir noch eingehender hinweisen werden, will Verständnis und Liebe für eine evangelische Kirche wecken, die mitten in den Spannungen der Zeit einen neuen Aufbruch anstrebt.)

KOEXISTENZ UND PROEXISTENZ

Zum 78. Deutschen Katholikentag in Berlin

von Dr. Harald Oldag

Das ist so seit der deutschen Spaltung: Immer, wenn kirchliche Veranstaltungen mit gesamtdeutschem Charakter bevorstehen, wachsen die Besorgnisse der Einladenden. Das ist so gewesen, als die sowjetzonale Regierung den für Thüringen vorgesehenen Evangelischen Kirchentag untersagte, d. h. durch absurde politische Auflagen unmöglich machte. Das war so, als der Termin des 78. Deutschen Katholikentages in Gesamtberlin näher rückte. Niemand konnte mit Sicherheit voraussehen, ob Pankow den in der Zone beheimateten Katholiken den Weg nach und in Berlin freigeben würde. Die Katholiken bangten. Die Evangelischen teilten ihre Sorgen. Und beide freuten sich von Herzen, als statt des befürchteten roten dann doch noch grünes Licht gegeben wurde.

Auf den beiden großen Eröffnungskundgebungen konnten nun auch evangelische Sprecher diese Freude in Grußworte fassen. In der Ostberliner Seelenbinder-Halle hat das im Namen des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages Präses Dr. Lothar Kreyssig aus Magdeburg getan. Die Worte dieses profilierten Mannes aus der Leitung der provinzsächsischen evangelischen Kirche gingen bisweilen im zustimmenden Jubel seiner Zuhörerschaft unter. Sie gipfelten in dem leidenschaftlichen Aufruf an die Christen, „von der Koexistenz zur Proexistenz durchzudringen“. Der Redner fand damit eine Formulierung von originaler Durchschlagskraft.

Gewiß übersah der vielbefehdete mitteldeutsche Kirchenmann nicht, daß auch die Koexistenz, „das leidige Minimum von Nachbarlichkeit, mit dem Menschen zu überleben hoffen“, nicht das Allerschlechteste zu sein braucht. Dieses „Minimum“ nannte Präses Kreyssig „einen Erweis von Gottes Barmherzigkeit und Geduld“. Aber für die Christen und von den Christen forderte er ein Mehr. Die Koexistenz sei zu verwandeln, zu dynamisieren, in Sonderheit dort, wo sie wie in Deutschland Vergleichenstendenzen aufweist. Und für die Christen der beiden großen Kirchen fand Dr. Kreyssig die folgenden aufrüttelnden Worte:

„Laßt uns ehrlich fragen: War das Verhältnis der katholischen und der evangelischen Kirche unter den Deutschen bis zum Beginn der großen Anfechtungen der letzten Jahrzehnte mehr und besser, als diese minimale Koexistenz, die, wenn es um dasselbe Volk geht, zum Sterben zuviel und zum Leben zu wenig ist? Tastet diese Zertrennung Gottes Ehre nicht noch viel schmähhlicher an, als die Verachtung und Vergleichgültigung ursprünglicher Ordnung des Blutes und der Sprache? ...“

Und:

„Gott ist nämlich trotz uns und alledem bereit, den tiefen Schaden zu heilen, und zwar zuerst dort, wo wir es in seinem Namen in Freiheit können, nämlich sein Christenvolk von der Koexistenz zur Proexistenz zu bringen. Unter dem Kreuz und unter mancherlei Wachstumsschmerzen läßt er aus dem argwöhnischen, gleichgültigen und oft feindseligen Nebeneinander das Füreinander werden. Auf diesem Wege über die Liebe und die Brüderlichkeit mag es dann getrost in der Geduld Gottes bleiben, wieweit und wie schnell aus Nebeneinander und Füreinander auch ein Miteinander in der Wahrheit werde ...“

Der Magdeburger Kirchentagssprecher erinnerte schließlich daran, daß der Berliner Katholikentag von 1952 un-

ter dem gleichen Kreuz getagt habe, „das der evangelische Glaube ein Jahr vorher zum Berliner Evangelischen Kirchentag über dem Stadion aufgerichtet hatte“. In dieser Ostberliner Sporthalle sei auf diesem Kirchentag von 1951 zum ersten Male aus dem Munde evangelischer Christen das Vaterunser aufgestiegen. Des zum Zeichen wolle die katholische Kirchengemeinde von St. Kamillus am folgenden Tage die Kollekte für die Liebesarbeit des Deutschen Evangelischen Kirchentages sammeln.

Dieses evangelisch-katholische Für- und Miteinander ist denn auch auf dem Berliner Katholikentag in der Breite praktiziert worden. Schon in der Vorbereitungszeit hatte Bischof Dibelius dazu aufgerufen, Quartiere zur Verfügung zu stellen. In Ost- und West-Berlin ist das in beachtlichem Umfange geschehen. Evangelische Helfer aus den Westberliner Flüchtlingslagern haben vor, während und nach der „großen Wallfahrt nach Berlin“ vielfältige Hilfsdienste geleistet. Für Quartierzwecke wurden zahlreiche evangelische Gemeindesäle zur Verfügung gestellt. Mitarbeiter der Organisationsgruppen des Evangelischen Kirchentages haben mit Rat und Tat zur Verfügung gestanden, worauf Kirchentagspräsident Dr. v. Thadden jüngst in Kiel hingewiesen hat. Es gilt als sicher, daß es auch umgekehrt nicht anders sein wird, wenn der Evangelische Kirchentag im nächsten Jahre nach München kommt. Klaus v. Bismarck - Villigst, der Leiter des Sozialamtes der Evangelischen Kirche von Westfalen, der auf der Westberliner Eröffnungskundgebung des Katholikentages das Wort nahm, sprach dort, nicht anders als Dr. Kreyssig, von der „seit Jahren bewährten brüderlichen Verbundenheit der beiden großen Laienbewegungen in Deutschland“. Ein Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung sei lebendig und „viele evangelische Christen würden im Hören auf die Aussagen des Katholikentages wache Anteilnahme bezeugen“.

Sicherlich ist das in unübersehbarer Vielfalt geschehen, nicht nur in Berlin und der Zone, sondern auch im deutschen Westen. Die Inbrunst der Gebete und die gläubige Beugung unter Sakrament und Wort, die diesem großen Treffen der deutschen katholischen Christenheit das Gepräge gaben, hatten freilich keinen lichten Hintergrund. Aus diesem grollte vielmehr in immer börsartigerer Lautstärke eine neu entfachte sowjetzonale Pressekampagne. Den nichts Gutes ankündigenden Kommentaren sowjetdeutscher Blätter zu der Verlautbarung, die den ersten Verhandlungsabschnitt evangelischer Kirchenführer mit dem SED-Regime beschloß, folgten schmerzliche Nachrichten über weitere Bedrohungen und Verfemungen von Christen beider Konfessionen in Mitteldeutschland. Die kirchlichen Vorgänge in Polen und Ungarn gaben Grund zu neuen Besorgnissen, die durch die Deutschlandreise lutherischer, reformierter und russisch-orthodoxer kirchlicher Persönlichkeiten aus dem Sowjetblock und das Auftreten einer Moskauer Delegation in Utrecht im ökumenischen Rahmen keineswegs gemildert wurden. Das Geschehen des Katholikentages schien indessen für alle Teilnehmer so überwältigend, daß der zonale und sowjetnahe Alltag weitgehend versunken schien. Das Wort von der geforderten Proexistenz unter den Christen läuft indessen durch die Lande. Es ist tröstlich, daß es auf dem Felde der praktischen Politik bereits realisiert wird.